

Nach der Krise ist vor der Krise

Für eine Wirtschaftsdemokratie ohne Finanzkapitalismus

Von Friedhelm Hengsbach

Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“, forderte 1997 der damalige Bundespräsident Roman Herzog. Gut zehn Jahre später geht dieser Ruck nicht nur durch Deutschland, sondern durch die Welt – jedoch in völlig anderer Art und Weise, als Roman Herzog ihn sich vorgestellt hat. Diejenigen, die 30 Jahre lang das Vertrauen in die Steuerungskraft der Märkte gepredigt und den schlanken Staat als den besten aller möglichen Staaten angehimmelt haben, glauben ruckartig nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes und rufen nach dem Staat als ihrem einzigen Retter. Manche sprechen von einer säkular beispiellosen Finanz- und Wirtschaftskrise, die allerdings, so die regierungsamtlichen Verlautbarungen, mit dem G20-Gipfel von London jetzt auch die erforderliche, beispiellose, ja epochale Antwort gefunden habe.

Als negative Referenzdaten hinsichtlich der Dimension der gegenwärtigen Krise gelten die Aufkündigung des Währungssystems von Bretton-Woods im Jahr 1973 oder der Zusammenbruch der Börsen 1929 mit der darauf folgenden Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. Als Referenzjahre ergriffener Chancen kommen hingegen zwei Daten der deutschen Geschichte in die engere Wahl – nämlich die Währungsreform von 1948 und der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989.

All diese Daten stehen in einer mehr oder weniger engen Beziehung zur derzeitigen Situation. Tatsächlich ist die herausragende Dimension dieser Krise unbestritten. Gleichwohl hat es in den letzten 30 Jahren allein sieben Finanzkrisen gegeben. In den 70er Jahren sorgten die Wechselkurschwankungen für massive Turbulenzen in den betroffenen Währungsgebieten. Zahlreiche Schwellenländer erklärten sich in den 80er Jahren unter der Last einer untragbaren Auslandsverschuldung für zahlungsunfähig. Gleichzeitig kam es in den USA zu einer großen Sparkassenkrise. Anfang der 90er Jahre wurde Japan von einer Immobilien-, Banken- und Währungskrise heimgesucht. 1997 lösten spekulative Währungsattacken gegen den thailändischen Bath massive Kapitalabflüsse aus vier asiatischen Ländern aus, denen ein dramatischer Einbruch des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung folgte. Die nächste Krise war mit der Euphorie der New Economy verbunden. Junge Unternehmer, die mit der elektronischen Technik vertraut waren, hatten eine Börseneuphorie ausgelöst, die ein ungewöhnliches reales Wirtschaftswachstum zuerst in den USA und dann in Europa nach sich zog. Im Jahr 2000 schließ-

lich platzte die Spekulationsblase. Die gegenwärtige Krise nahm ihren Ausgang in der Immobilien- und Hypothekenkrise in den USA, der ersten großen Krise des neuen Jahrhunderts, die jedoch binnen Kurzem nicht auf das Leitwährungsland begrenzt blieb. Im Unterschied zu den vergangenen Krisen hat sie sich zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgewuchert.

Finanzexperten auf Fehlersuche

Mit dem G20-Gipfel von London suggerierten die Staatenlenker nun neuen Optimismus und Handlungsmächtigkeit. Grundlegende Renovierungsarbeiten wurden jedoch nicht angepackt. Die realwirtschaftlichen und monetären Spannungen zwischen den peripheren und zentralen Ländern der Euro- oder der Dollar-Zone sind weder durch eine Anpassung der Wechselkurse noch durch Finanztransfers aufgelöst worden, ebenso wenig die globalen Ungleichgewichte zwischen den Ländern mit strukturellen Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten. Das dringende Erfordernis eines multilateralen Währungsregimes im Sinne eines erneuerten modernen Bretton-Woods geriet gar nicht erst in den Blick; die von China im Gipfelvorfeld erhobene Forderung nach einer anderen Leitwährung fand keine Resonanz. Auch die problematische Zeitwertbilanzierung der Finanzunternehmen wurde nicht infrage gestellt; sie wird also auch in Zukunft weiter prozyklisch wirken. (Nach Kursverlusten müssen die Banken ihre Wertpapierbestände abwerten. Dem können sie jedoch entfliehen, wenn sie die Wertpapiere verkaufen. Dies beschleunigt aber den Kursverfall.)

Trotz dieser nach wie vor ungelösten zentralen Probleme herrschte unter den Staatenlenkern eitel Sonnenschein. Noch vor kurzem bot sich dagegen ein völlig anderes – und wahrscheinlich wesentlich realistischeres – Bild. Als sich Anfang des Jahres die wirtschaftlichen und politischen Welteliten in Davos versammelten, um über die „Neugestaltung der Weltwirtschaft“ zu diskutieren, vermittelten die Teilnehmer einen äußerst ratlosen Eindruck.

„Die Banken haben Fehler gemacht“, gestehen inzwischen selbst einzelne Bankmanager ein, wie unlängst Klaus-Peter Müller, der frühere Chef der Commerzbank, in einem Interview. Welche Fehler das seien, sagte er dagegen nicht. Stattdessen verortet er, wie viele andere Unternehmer und Banker, die eigentliche Ursache der Krise in einem doppelten Staatsversagen. Erstens hätte Alan Greenspan nach der Spekulationsblase der 90er Jahre nicht eine derart lockere Geldpolitik betreiben sollen. Und zweitens hätte die Bush-Regierung Lehmann Brothers nicht fallen lassen dürfen. Ohne den Zusammenbruch dieser Bank hätte die Commerzbank gute Zahlen geschrieben.

„Ich kann das Wort Gier schon bald nicht mehr hören“, sagt mit ähnlicher Stoßrichtung Hilmar Kopper, ehemaliger Vorstandssprecher der Deutschen Bank und bekannt geworden vor allem durch seinen „Peanuts“-Vergleich für die 50 Millionen DM der Schneider-Pleite im Jahr 1994. Falls Kopper mit seinem neuen Ausspruch ausdrücken will, dass eine Erklärung der Finanzkrise durch individuelles Fehlverhalten fehlerhaft und unzulässig sei, ist ihm aller-

dings zuzustimmen. Denn die moralische Empörung einer Bevölkerung, die durch Schimpfkanonaden der Politiker aufgewühlt ist, oder das Anprangern einzelner Akteure sind ebenso fehlgeleitete Reaktionen wie die Fixierung der öffentlichen Debatte auf die Bonuszahlungen an jene Finanzmanager, die ihre Institute vor die Wand gefahren haben. (Den Gipfel an verharmlosender Individualisierung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Umbruchs leistete sich das Magazin „Der Spiegel“, das die Entscheidung der US-Regierung, Lehman Brothers fallen zu lassen, als einen Zweikampf zwischen Henry Paulson, dem früheren Chef von Goldman Sachs, und Richard Fuld, dem Chairman von Lehman Brothers, stilisierte.)

Finanzexperten lenken den Blick zu Recht auf die fehlerhafte Einschätzung jener Risiken, die mit den innovativen Finanzdienstleistungen, den Schattenbanken, den bankfreien Zonen und der unermesslichen Vernetzung der Akteure in der monetären Sphäre exponentiell gestiegen sind. Auch hier greifen die Krisendiagnosen jedoch regelmäßig zu kurz: Da werden die Hauseigentümer genannt, die ihre langfristige Zahlungsfähigkeit falsch kalkuliert, oder die Händler, die ihnen allzu leichtfertig Hypothekenkredite angeeignet hätten. Ressortchefs von Geschäftsbanken hätten es an der Aufsicht und Begleitung ihrer Angestellten fehlen lassen. Der Handel mit Derivaten, die Verbriefung von Krediten und deren Strukturierung außerhalb der Bankenaufsicht, die Gründung von Zweckgesellschaften im Schatten der Bankbilanzen, das Versichern von Ausfallrisiken und deren Verbriefung sowie das Einleiten angeblich innovativer, tatsächlich jedoch unüberschaubarer und unkontrollierbarer Finanzdienste in globale Finanzströme seien in diesem Ausmaß leichtgläubig, naiv und unverantwortlich gewesen. Allerdings hätte auch die öffentliche Aufsicht solche Praktiken weithin geduldet und zu nachsichtig beurteilt.

Massive Systemfehler

Die Fehlersuche der Finanzexperten greift zwar über den meist üblichen Mikroblick hinaus; sie verharrt jedoch innerhalb der Grenzen des etablierten und befürworteten Finanzsektors. Was dagegen im Vordergrund stehen sollte, will man den Ursachen der Probleme wirksam Abhilfe schaffen, ist die Suche nach den strukturellen Defiziten des kapitalistischen Finanzregimes.

An erster Stelle steht hier die „monetäre Revolution“ der letzten 30 Jahre. Die elastische Geldversorgung ist, neben dem grundsätzlich schrankenlosen Griff in die „Sparbüchse der Erde“ (Werner Sombart) aus fossilistischer Energie und Arbeitskraft, ein unabdingbares Kennzeichen jeglicher kapitalistischer Dynamik. Doch die natürlichen Grenzen einer Waren- bzw. Metallwährung sind auf den internationalen Finanzmärkten seit langem überwunden. Zusätzlich verfügt das Bankensystem über eine (fast) unbegrenzte Geld- und Kreditschöpfungsmacht, die dem Wachstum des realen Produktionspotentials keinerlei Schranken setzt. Und schließlich hat das Geld bei wohlhabenden Bevölkerungsgruppen in wirtschaftlich reichen Gesellschaften

ten nicht mehr bloß die Tauschmittelfunktion, sondern nimmt zunehmend die Vermögensfunktion an. Als Wertspeicher und Medium der Wertsteigerung konkurriert es mit Investitionen in reale Anlagen, Immobilien und langfristige Gebrauchsgegenstände.

Zweitens weichen die Steuerungsformen für Gütermärkte und Vermögenmärkte massiv voneinander ab. Die Steuerung der Gütermärkte, wie sie sich in Preisverhältnissen darstellt, ist durch reale Produktionsfaktoren und reale Kaufkraft bestimmt und begrenzt. Die Steuerung der Vermögenmärkte dagegen, und insbesondere derjenigen von Geldvermögen, wird auf der Nachfrageseite allein durch subjektive, in die Zukunft gerichtete Erwartungen bestimmt, die durch keinerlei reale Schranken begrenzt werden. Auf der Angebotsseite fehlt dem Kreditschöpfungspotential des Bankensystems, zumal die Beschränkungen der Zentralbank unterlaufen werden, ebenfalls eine realwirtschaftlich indizierte Barriere. Die Folgen sind in den vergangenen Jahren offenkundig geworden: Das Zusammenspiel einer expansiven Kreditgewährung der Banken und der explosiven Erwartungen der Eigentümer von Geldvermögen auf deren Wertsteigerungen haben sich wechselseitig hochgeschaukelt. So konnten die Erwartungen auf fiktive, kreditfinanzierte Vermögenszuwächse zu einer Spirale auswuchern, die sich spekulativ immer mehr verstärkte und vom realen Wirtschaftsgeschehen ablöste.

Drittens hat die Rivalität zweier Finanzstile, nämlich des kontinentaleuropäischen und des angloamerikanischen, und insbesondere die hegemoniale Dynamik des US-amerikanischen Finanzstils die Krise mit verursacht. Dieser grundlegende Widerspruch, der die Diskussionen vor dem G20-Gipfel maßgeblich bestimmte, konnte auch in London nicht überwunden werden.

Michel Albert hat den „Rheinischen Kapitalismus“ bankendominiert genannt: Private Geschäftsbanken kontrollieren Industrieunternehmen mit Hilfe von Kreditgewährung, Beteiligungen und persönlichen Beziehungen. Die Unternehmen werden durch ein verständigungsorientiertes Zusammenspiel der im Unternehmen engagierten Gruppen geleitet. Die Manager sorgen sich, idealtypischerweise, um den Ausgleich der Interessen von Belegschaft, Kunden, Aktionären, Banken und Kommunen. Solidarische, umlagefinanzierte Systeme sichern gegen gesellschaftlichen Risiken des Alters, der Armut und der Arbeitslosigkeit ab.

Der angloamerikanische Finanzkapitalismus dagegen ist kapitalmarktgetrieben. Dominant sind Märkte für Wertpapiere und Derivate, auf denen kollektive Akteure (Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften und Finanzinvestoren) operieren. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Anteilseigner. Ihr Wert wird mit Hilfe einer reinen Finanzkennziffer, dem *shareholder value*, dem Saldo zukünftiger, auf die Gegenwart diskontierter Finanzströme, bestimmt. Die Manager bedienen ausschließlich die Interessen der Aktionäre, folglich richten sie ihre Entscheidungen (und ihre Vergütung) allein am Börsenkurs aus, der den Unternehmenswert angeblich authentisch spiegelt. Die Interessen der Belegschaft, der Kunden, der kommunalen bzw. staatlichen Organe gelten als nachrangig. Gegen gesellschaftliche Risiken sichert man sich privat und kapitalgedeckt ab.

Die Entregelung durch den Staat

Der Staat ist weder der Retter aus der Krise noch deren Lösung. Die soziale Krise und die Finanzkrise sind nämlich zwei Seiten einer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der staatlichen Organe. Das belegt die Politik der letzten Jahrzehnte.

Seit dem Lambsdorff-Tietmeyer-Papier von 1982 haben bürgerliche Eliten flexible Tarifverträge, einen gelockerten Kündigungsschutz und die Einrichtung eines Niedriglohnsektors gefordert. Diesen Forderungen hat die rot-grüne Koalition nachgegeben – durch verschiedene Gesetze zur Beschäftigungsförderung, Leiharbeit, Zeitarbeit, Befristung und zu einem ausgedünnten Kündigungsschutz. Die rot-grüne Koalition hat auf diese Weise gezielt die soziale Entsicherung und die Entregelung der Arbeitsverhältnisse betrieben. Sie hat die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung systemsprengend deformiert. Eine Sicherung, die einen durch die Erwerbsarbeit erworbenen Lebensstandard gewährleisten sollte, wurde auf das Niveau eines sozio-kulturellen Existenzminimums abgeschmolzen. Gleichzeitig wurde die private kapitalgedeckte Vorsorge propagiert. Gesellschaftliche Risiken wurden tendenziell individualisiert, solidarische Sicherungen privatisiert und Grundrechte auf Arbeit, Einkommen, gesellschaftliche Beteiligung und einen angemessenen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsgütern kommerzialisiert.

Das Resultat dieser Politik hat der „Dritte Armuts- und Reichtumsbericht“ von 2008 dokumentiert: ein steigendes Armutsrisiko, die dramatische Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und einer Armut trotz vollzeitiger Erwerbstätigkeit. Und die Schere der Verteilung von Gewinn- und Lohn-einkommen sowie der Vermögen hat sich durch eine asymmetrisch angelegte Steuerpolitik zusätzlich geöffnet. Mehr oder weniger parallel zur Entregelung der Arbeitsverhältnisse fand die Entregelung der monetären Sphäre statt. In der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition wurden die Beschränkungen des Börsenhandels gelockert, der Derivatehandel und die Zweckgesellschaften zugelassen sowie die Gewinne der Banken aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen für steuerfrei erklärt. Hedgefonds wurden als Dachfonds zugelassen, die Verbriefung von Krediten wurde steuerlich begünstigt. Diese Lockerungen wurden zwar mit Richtlinien der EU und dem Anleger-schutz gerechtfertigt, wurzelten aber mindestens ebenso in dem Interesse, den Finanzplatz Deutschland global wettbewerbsfähig zu machen. Die große Koalition setzte diesen Weg ab 2005 fort, indem sie sich bemühte, innovative Finanzdienste und Vertriebswege zu fördern sowie Kapitalbeteiligungsgesellschaften steuerlich privilegiert zu behandeln.

Die Legende der Alternativlosigkeit und die Komplizenschaft von Staat und Kapital

Die deutsche Regierung hat angesichts der Krise auf den Notschrei der Finanzeliten schnell und bereitwillig reagiert – und die angeschlagenen Geldinsti-

tute mit Krediten und Bürgschaften abgesichert. Vielleicht fühlte sie sich dem Sog der irischen, englischen und französischen Regierung ohnmächtig ausgeliefert. Oder sie folgte dem Druck einer dramatisierten Lagebeschreibung der Mega-Banken und der öffentlichen Finanzaufsicht. Die Art, wie sie reagierte, entsprach der aufgeregten Inszenierung des Börsenpublikums, nämlich isoliert, kurzatmig, übertrieben und spektakulär zu handeln. Kaum jemand widersprach dem Bundesfinanzminister, der zuerst die Unfallstelle räumen wollte, bevor er diejenigen zur Rede stellen würde, die den Schaden verursacht hätten. Und der meinte, sich mit dem Versuch begnügen zu können, das Feuer zu löschen – obwohl es sich doch um Brandstiftung handelte.

Aber die Rettungsschirme, die über einer Unfallstelle aufgespannt wurden, die bis heute im Nebel liegt, waren keineswegs alternativlos, wie so oft behauptet wird. Politische Eliten haben sich jedoch angewöhnt, mit dieser Floskel ihren notorischen Bankrott zu übertünchen. Statt einer flächendeckenden Rettung hätten zuerst die Brandherde präzise ausgeleuchtet und differenziert ausgelöscht werden sollen. Vielleicht gehörten zu den „Falschmünzern“ vor allem private Investmentbanken oder Landesbanken oder bereits angeschlagene Institute, die von den Konzernmüttern schon ausgegliedert und aufgegeben waren. Stattdessen setzte die Regierung die Brandstifter ans Lenkrad des Löschzugs. Dass sie die für die Krise Verantwortlichen derart privilegiert am Schnüren des staatlichen Rettungspakets beteiligte und sie sowie den ministeriellen Lenkungsausschuss gegen den Einspruch des Parlaments abschirmte, ist mit den Grundnormen einer demokratischen Öffentlichkeit nicht vereinbar, die ein solches politisches Bankgeheimnis zu Recht ächten.

Dass die Bürgerinnen und Bürger der Kollaboration ihrer Regierung mit den Finanzeliten misstrauen, scheint begründet zu sein. Denn die häufig zitierte Formel „zu groß, um zu fallen“ (*too big to fail*) hätte eigentlich dazu führen müssen, Mega-Banken und Versicherungskonzerne zu zerschlagen, anstatt mit öffentlichen Mitteln noch größere Finanzgiganten zu schmieden, ob durch Fusionen oder Übernahmen.

Wieso aber sieht sich der Staat verpflichtet, der privaten Allianz-Versicherung die mit faulen Krediten belastete Dresdner Bank abzunehmen, indem er die Commerzbank rettet? Ohne staatliche Hilfe wäre der Verkauf der Dresdner an die Commerzbank geplatzt, hätte sich die Allianz somit vollends an dem maroden Geldinstitut überhoben. Wie lässt sich rechtfertigen, dass der Bund als Großaktionär den Verkauf der Postbank an die Deutsche Bank einleitet, um ihr ein Privatkundennetz anzudienen – obwohl ihr Vorstandssprecher lauthals behauptet, auf staatliche Hilfen nicht angewiesen zu sein? Ist es vorstellbar, dass die Regierung von der prekären Lage der Hypo Real Estate so überrascht wurde, wie sie es darstellt, nachdem dieses Institut fünf Jahre vorher von der Muttergesellschaft, der Hypo Vereinsbank ausgelagert worden ist – vermutlich als faule Bank? Und sollte es reiner Zufall sein, dass exakt zu dem Zeitpunkt, da die Gewährleistungspflicht der privaten Muttergesellschaft auslief, nach dem Rettungswagen des Staates gerufen wurde?

Eines jedenfalls steht fest: Das rasche Zusammenspiel der Finanzeliten und der Regierung hatte eine delikate Vorrunde. Wie das „Handelsblatt“ damals

berichtete, fand im Februar 2003 ein Gespräch im Kanzleramt statt, an dem die Spitzenvertreter der deutschen Banken und Versicherungen, der Bundeskanzler sowie der Wirtschafts- und der Finanzminister teilnahmen. In diesem Kreis schlug der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, die Gründung einer Auffanggesellschaft vor, die als eine sogenannte Bad Bank die Kredite notleidender Banken bündeln, als Wertpapiere verpacken und wieder verkaufen solle. Zur Entlastung solle der Staat für die Risiken einstehen und eine Garantie abgeben – wie geplant, so geschehen, das wissen wir heute.

Gewiss, es fällt schwer zu beweisen, dass viele der denkbaren alternativen Lösungswege auch praktikabel sind oder gewesen wären. Aber immerhin hätten sie erwähnt und erwogen werden sollen: dass die Regierung also nicht primär die Banken, sondern die Bürgerinnen und Bürger schützt und die Einlagen derjenigen garantiert, die nie die Chance haben werden, allein von den Erträgen ihrer Vermögen zu leben, während sie den Geldverlust wohlhabender und exklusiv reicher Haushalte hätte zulassen und deren Einkommen und Vermögen wieder hätte progressiv besteuern können. Der Staat hätte auch erst auf die Liquiditätshilfen der Notenbanken setzen und die Mächtigen unter den Finanzunternehmen bedrängen sollen, selbst Vorleistungen wechselseitigen Vertrauens zu erbringen und subsidiär einen solidarischen Beistand zu organisieren. Offenbar jedoch hat der Finanzminister – getreu der Parole: „Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot“ – die seltsame und interessengeleitete Dramaturgie der Finanzeliten bereitwillig übernommen.

Ein Szenario für die Zeit danach

Um jedoch in Zukunft derartige Krisen, die mit Sicherheit wieder auftreten werden, nicht erneut zu Lasten der Allgemeinheit zu „bewältigen“, sind gänzlich andere und wesentlich weiter reichende Maßnahmen vonnöten.

Erstens sollten die staatlichen Entscheidungsträger daran gehindert werden, öffentliche Finanzmittel, die ihnen nicht gehören, zu mobilisieren und in den Rachen jener Finanzunternehmen zu werfen, die sie jetzt eilfertig mit dem Zauberwort „systemischer Relevanz“ etikettieren, um sie aus der selbst verschuldeten Misere zu retten. Es ist schlicht nicht gerechtfertigt, staatliche Aufputzmittel an private Banken zu verteilen, damit diese solche Kreditgeschäfte wieder aufnehmen, die vorwiegend der Geldvermögensbildung exklusiv reicher Eliten dienen, erfolgreiche Unternehmen dem Profitdiktat von Finanzinvestoren unterwerfen und damit gleichzeitig die Absenkung des Lohnniveaus, die Kürzung von Sozialleistungen und die Auszehrung öffentlicher Haushalte erzwingen. Zum Glück bildet sich inzwischen eine zivilgesellschaftliche transnationale Bewegung gegen eine solche Wiederbelebung des Finanzkapitalismus.

Zweitens: Breite Bevölkerungsschichten leben derzeit nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen. In weiten Teilen der Welt werden elementare materielle Bedürfnisse nicht befriedigt – wie auch vitale Bedürfnisse in

wohlhabenden Ländern. Öffentliche Güter, die grundrechtliche Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern einlösen, sind nicht hinreichend verfügbar. Der Finanzkapitalismus nützt dagegen vorrangig der vermögenden Klasse einer privaten Minderheit. Deshalb sollten die Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und die Bereitstellung von Erwerbsarbeitsplätzen das vorrangige Ziel staatlicher Politik werden. Um eine faire Verteilung dieser Wertschöpfung zu erzielen, sollten die Tarifautonomie und die solidarische, umlagefinanzierte Sicherung gefestigt werden. In reifen Volkswirtschaften sollten die Export- und Industrielastigkeit abgebaut, ein ehrgeiziger ökologischer Umbau eingeleitet sowie die (öffentliche) Arbeit an den Menschen erheblich ausgeweitet werden. Auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die ein Spiegel der unfairen Verteilung der globalen Wertschöpfung sind, sollten beseitigt werden. Denn die übermäßige Verschuldung in den USA hat strukturelle Leistungsbilanzdefizite zur Folge; und der übermäßige Verbrauch fossiler Energien in den wohlhabenden Ländern löst Einkommensströme in die Öl exportierenden Länder aus, die, statt in reale Investitionen zu münden, die monetäre Zirkulation aufblähen.

Für mehr Wirtschaftsdemokratie

Eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung auf diejenigen Akteure, die sie gemeinsam erarbeitet haben, ist jedoch, drittens, ohne Chance, solange die Schieflage wirtschaftlicher Machtverhältnisse in kapitalistischen Unternehmen unangetastet bleibt. Da die Eigentümer der Produktionsmittel diese ohne fremdes Arbeitsvermögen gar nicht rentabel verwerten können, haben die im Unternehmen Arbeitenden ein Recht darauf, die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten mitzubestimmen. Deshalb sollte die elementare Entscheidungskompetenz in die Hände der Belegschaften, Anteilseigner und kommunalen bzw. gesellschaftlichen Instanzen gelegt werden.

Eine demokratische Kontrolle der Unternehmen in einer demokratisch-egalitären Gesellschaft ist die eigentliche Alternative zur Kontrolle der Unternehmen durch Shareholder Value und Finanzinvestoren. Wirtschaftsdemokratie jenseits des Finanzkapitalismus ist der Name für einen globalen Neustart zum Wohl jedes Menschen und aller Menschen.

Für einen solchen Neustart gibt es angesichts der globalen Krise gewichtige Gründe – und respektable Vorbilder. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und inmitten gesellschaftlicher Turbulenzen formulierte die CDU der britischen Zone 1947 das Ahlener Programm. In dessen Präambel heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein.“

Mit der friedlichen Revolution, dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Wettstreits der Systeme bot sich eine weitere Chance zur Überwindung

der kapitalistischen Defizite. Damals, im Jahre 1991, fragte Papst Johannes Paul II.: „Ist der Kapitalismus das einzige siegreiche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden kann?“ Seine bis heute hochaktuelle Antwort lautete: „Eine menschliche Alternative besteht darin, den Markt durch gesellschaftliche Kräfte und staatliche Organe sowie die Unternehmen als Orte freier Arbeit und Beteiligung zu ordnen“. Und weiter heißt es in weiser Vorausschau: „Die westlichen Länder laufen Gefahr, in dem Scheitern des Sozialismus den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich nicht darum zu kümmern, an diesem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen“. Tatsächlich wurde damals diese große Chance vertan. An dem Versäumnis krankten wir noch heute, da sich der Finanzkapitalismus seither ungebremst und global ausbreiten konnte.

Die Finanzmärkte sollten deshalb, viertens, deglobalisiert werden. Aus diesem Grunde ist die Hegemonie der US-Währung dringend in ein multilaterales Währungsregime zu überführen. Auf nationaler Ebene würde eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung an die Existenz von Mikrobanken anknüpfen, die landwirtschaftliche Betriebe, gewerbliche Industrien und Dienstleistungsfirmen miteinander vernetzen – finanziell und kooperativ. Der Aufbau einer derartigen nationalen Finanzwirtschaft sowie eines funktionsfähigen Bankensystems unter Einschluss einer Zentralbank wird dann „gekrönt“ durch die grenzüberschreitende Öffnung eines solchen Finanzsystems.

Die kommenden Finanzgipfel der G20 sollte fünftens die Finanzmärkte weit stärker als bisher geplant regulieren, damit die Geldversorgung, die Stabilität der monetären Sphäre und die Funktion der Finanzunternehmen wieder ein quasi-öffentliches Gut werden und damit die internationale Finanzwirtschaft dem Ziel dient, das Wohl und die Lebensqualität der Weltbevölkerung, vor allem der Armen in der Welt, zu mehren. In einer zukünftigen globalen Finanzarchitektur müssten folglich alle Finanzdienste, alle Finanzunternehmen und alle Orte, an denen Finanzdienste angeboten und nachgefragt werden, einer öffentlichen Aufsicht und Kontrolle unterworfen sein. Das Kreditschöpfungspotential der Banken ist an strenge Auflagen zu binden. Um spekulative Währungsattacken zu vermeiden, sollten die Wechselkurse der Ankerwährungen stabilisiert und kurzfristige Finanzströme ähnlich den Güterbewegungen besteuert werden.

Die Krise sei eine Chance, erklärt die Bundeskanzlerin. Aber diese Chance kann nicht darin bestehen, den soeben erst gescheiterten Finanzkapitalismus wiederherzustellen. Demokratisierung der Wirtschaft ist dagegen der angemessene Name und das dringend anzustrebende Ziel für einen wirklichen Neustart.



Die lernende Demokratie



Hans Karl Rupp

Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

4., überarb. und erweiterte Auflage 2009
ca. 514 S. | gebunden | ca. € 39,80
ISBN 978-3-486-59024-1

Die Bundesrepublik Deutschland besteht seit sechzig Jahren. Die bewegte Geschichte unseres Landes zeichnet der Autor in diesem Buch nach.

Er spannt den Bogen von der Entstehung über den gesellschaftlichen Umbruch Mitte der 1960er Jahre bis zu der deutschen Vereinigung und der Integration Ostdeutschlands. Auch die aktuellen Bewährungsproben, die aus dem 11. September 2001 und seinen Folgen bis in die Gegenwart resultieren, finden Berücksichtigung.

Dieses Buch beschreibt und analysiert die Bundesrepublik Deutschland als »lernende Demokratie«. Es stellt damit eine Alternative zur Geschichtsschreibung der Historikerzunft dar.

»Eine aufschlussreiche Lektüre für all diejenigen, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fundiert und detailliert nachvollziehen möchten.«

Hans Karl Rupp lehrte Politikwissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Marburg.



Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung oder direkt bei uns:
Tel: 089/45051-248, Fax: 089/45051-333, verkauf@oldenbourg.de